

Antrag Nr. 23-F-63-0107

Grüne, SPD, Linke, Volt

Betreff:

Anpassung des Gewerbesteuerhebesatzes
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 09.11.2023 -

Antragstext:

Die aktuellen Haushaltsberatungen sind von einem hohen Konsolidierungsdruck geprägt, welcher insbesondere durch eine sprunghaft gestiegene Inflation, einem außergewöhnlich hohen Tarifabschluss des öffentlichen Dienstes, einem deutlich gestiegenen Zinsniveau, teilweise gravierende Engpässe in der Beschaffung und infolge des Fachkräftemangels stark erhöhten Aufwendungen bei der Personalarbeit bedingt ist.

Dieser kann in seiner Höhe nicht alleine durch Effizienzsteigerungen der öffentlichen Verwaltung kompensiert werden. Damit die Konsolidierung nicht einseitig zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger (in Form von Leistungseinschränkungen und Reduzierungen der Dienstleistungsqualität) geht, empfiehlt sich ein vernünftiger Mix aus Leistungseinschränkungen (Reduzierung der Aufwendungen) und Einnahmeverbesserungen (Erhöhung der Erträge aus Beiträgen, Gebühren und Steuern). Letztere sollten gerecht zwischen den Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft aufgeteilt werden. Gleichzeitig gilt es jedoch den Wirtschaftsstandort Wiesbaden nicht über Gebühr zu belasten.

Nach sorgfältiger Abwägung aller Prämissen empfiehlt sich daher eine moderate Gewerbesteueranpassung um 6 Hebesatzpunkte, also um 1,3%.

Die heimische Wirtschaft leistet damit einen wichtigen Beitrag um einschneidende Kürzungen im sozialen Netz Wiesbadens sowie eine Reduzierung des Tempos der ökologischen und digitalen Transformation Wiesbadens zu verhindern. Vor allem jedoch können so Kinderbetreuung, ÖPNV und Wohnungsbau auf weiterhin hohem Niveau fortgesetzt werden - Qualitäten, welche die Besonderheiten des Wiesbadener Wirtschaftsstandortes ausmachen.

1. Es wird beschlossen, dass

a. der Gewerbesteuerhebesatz mit Wirkung zum 01.01.2024 auf 460 Punkte angepasst wird.

2. Der Magistrat wird gebeten,

a. die aus dem erhöhten Gewerbesteuerhebesatz resultierenden Mehr-Erträge zu berechnen,

b. das Ergebnis der Berechnung dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen unverzüglich zur Kenntnis zu bringen,

c. im Haushaltsplan 2024 die entsprechende Mehr-Erträge zu veranschlagen.

Antrag Nr. 23-F-63-0107
Grüne, SPD, Linke, Volt

Wiesbaden, 16.11.2023

Gesine Bonnet/Felix Kisseler Fraktionsvorsitzende, B90/Grüne
Felix Kisseler Fraktionsgeschäftsführer, B90/Grüne

Silas Gottwald Fraktionsvorsitzender, SPD
Silas Gottwald Fraktionsgeschäftsführer, SPD

Hartmut Bohrer Fachsprecher, Fraktion DIE LINKE.
Jasper Klos Fraktionsreferent, Fraktion DIE LINKE.

Achim Sprengard Fachsprecher, Volt
Sascha Kolhey Fraktionsgeschäftsführer, Volt